

# ALLERSHAUSEN LKRS. FREISING BEBAUUNGSPLAN AMPERFELD



Anfertigung - Ausarbeitung  
Ergebnisse - Aufzeichnung  
genehmigt mit RE vom 21. 11. 77  
Nr. 2700-2/77-100/72 T-8  
Regierung von Oberbayern  
I. A.

ORTSPLANUNGSSTELLE FÜR OBERBAYERN  
MÜNCHEN DEN 10.7.1968

*Mayer*  
OBERREGIERUNGSBAURAT MAYER






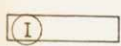
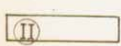
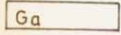


Amperfeld

Die Gemeinde Allershausen erläßt gemäß §§ 9 und 10 des BBauG vom 23.6.1960 (BGBl I S. 341), Art. 23 GO vom 25.1.52 (BayBS I S.461), Art. 107 BayBO vom 1.8.1962 (GVBL S.179) und der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke vom 26.6.62 (BGBl I S.429) mit Genehmigung der Regierung von Oberbayern vom 31.10.69 . . . . . Nr. II/20-IV/B.7a-6102 FS 36 diesen Bebauungsplan als





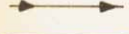
S a t z u n g

A) F e s t s e t z u n g e n

EXEMPLAR DER REGIERUNG VON OBERBAYERN Sg 801 - Planzentrale -

-  Grenze des Geltungsbereiches
-  Strassenbegrenzungslinie
-  Baulinie (zwingend anzubauen)
-  Baugrenze
-  Öffentliche Verkehrsflächen
-  Gebäudetyp I, 1 Erdgeschoss  
Dachneigung 23 - 27° (zwingend) Wandhöhe max. 3,50 m über Oberkante Erschließungsstraße bzw. über natürlichem Gelände!
-  Gebäudetyp II, 1 Erdgeschoss u. 1 volles Obergeschoss  
Dachneigung 27° (zwingend) Wandhöhe max. 6 m über Oberkante Erschließungsstraße bzw. über natürlichem Gelände!
-  Fläche für Garagen
-  Firstrichtung
-  10° z.B. Massangaben

B) H i n w e i s e

-  Bestehende Grundstücksgrenzen
-  Vorgeschlagene Grundstücksgrenzen
- 12 07 z.B. Flurstücksnummern
-  Vorhandene Wohn - und Nebengebäude
-  Bezeichnung von Strassenpunkten
-  Bestehende 20 KV Hochspannungsleitung mit Schutzstreifen

### C) Weitere Festsetzungen

1. Das Bauland ist nach § 9 BBauG u. § 4 Baunutzungsverordnung als allgemeines Wohngebiet festgesetzt.
  2. Als Geschossflächenzahl gelten die Höchstwerte des § 17 Abs. 1 BBauG.
  3. Soweit sich bei der Ausnutzung der überbaubaren Flächen einschließlich der Flächen für Garagen Abstandsflächen ergeben, die geringer sind als Art. 6 u. 7 der Bay. BO verlangen, werden diese ausdrücklich für zulässig erklärt. Dies gilt jedoch nur, wenn die im Bebauungsplan beibehaltenen, bestehenden oder vorgeschlagenen neuen Grundstücksgrenzen bei der Bildung der Baugrundstücke eingehalten werden.
  4. Soweit eine Baugrenze auf der vorhandenen oder vorgeschlagenen neuen Grundstücksgrenze verläuft, ist Grenzbebauung festgesetzt. Dies gilt jedoch nur, wenn die im Bebauungsplan beibehaltenen bestehenden oder vorgeschlagenen neuen Grundstücksgrenzen bei der Bildung der Baugrundstücke eingehalten werden. Doppelgaragen müssen an der Grundstücksgrenze zusammenggebaut werden.
  5. Kniestöcke sind bis 30 cm Höhe zulässig.
  6. Die Einfriedungen an öffentlichen Strassen dürfen 1,00 m Höhe nicht überschreiten. Zulässig sind nur Lattenzäune u. Hecken. Die Hecken dürfen mit Maschendraht gesichert werden.
  7. Für Garagen wird festgesetzt; Wandhöhe max. 2,80 m, Dachform; Pultdach Dachneigung 3 - 7°.
  8. Für je 300 qm Fläche des Baugrundstückes ist an geeigneter Stelle des Anwesens ein Baum bodenständiger Art zu pflanzen.
- C) Verfahrenshinweise

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde mit der Begründung gemäß § 2 Abs. 6 BBauG vom 9. Juni 69 bis 9. Juli 1969 in Allershausen, Rathaus öffentlich ausgelegt.

Allershausen, den 21. Juli 1969

(Siegel)



Bürgermeister

*Wimmer*

*Allershausen  
Ampferfeld*

2. Die Gemeinde Allershausen hat mit Beschluss des Gemeinderates vom 18. Juli 1969 den Bebauungsplan gemäß § 10 BBauG als Satzung beschlossen.

Allershausen, den 21.7.1969

(Siegel)



Bürgermeister

*Wimmer*

3. Die Regierung von Oberbayern hat den Bebauungsplan mit EntschlieÙung vom 31. Oktober 1969 Nr. II/2. e-IV B. 7a-6102 FS 3-6 gemäß § 11 BBauG (in Verbindung mit § 1 der Verordnung vom 17. Oktober 1963 - GVBl. S. 194) genehmigt.

München, den . . . . .

I.A.

(Siegel)

. . . . .

4. Der genehmigte Bebauungsplan wurde mit Begründung vom 3. April 1970 bis 4. Mai 1970 in Allershausen, Rathaus gemäß § 12 Satz 1 BBauG öffentlich ausgelegt. Die Genehmigung u. die Auslegung sind am 3. April 1970 ortsüblich durch Bekanntmachung an den Anschlagtafeln bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit nach § 12 Satz 3 BBauG rechtsverbindlich.

Allershausen, den 4. Mai 1970

(Siegel)



Bürgermeister

*Wimmer*

GEÄNDERT LAUT GEMEINDERATSBESCHLUSS VOM 25.2.69  
Geändert laut RE vom 31. Okt. 1969